

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Wirtschaft/443755/Geldmangel-gefaehrdet-Y-Trasse.html>

Verkehr in Bremen und Niedersachsen - 10.09.2011

Geldmangel gefährdet Y-Trasse

Von Dietrich Eickmeier

Berlin-Bremen . Der Bundesregierung geht das Geld für neue Bahn- und Straßenprojekte aus und das bedeutet vor allem schlechte Nachrichten für Bremen und den Nordwesten. Denn das Verkehrsministerium will nun zahlreiche Straßen- und Schienenprojekte aus seinem aktuellen, bis 2015 reichenden Finanzierungsplan streichen. Nach Informationen dieser Zeitung sind davon die Y-Trasse und der Ausbau des Bremer Eisenbahnknotens sowie die Weserquerung und der Abschnitt Kattenturm der Autobahn A 281 betroffen.

Empfehlen

0



© dpa

Die geplante Y-Trasse.

Das Verkehrsministerium wollte sich zu Details des "auf der Arbeitsebene" entwickelten Plans gestern nicht äußern. Noch werde das Papier intern abgestimmt, sagte Ministeriumssprecher Sebastian Rudolph. Doch dass sein Investitionshaushalt allein beim Straßenbau mit acht Milliarden Euro (SPD-Verkehrsexperte Uwe Beckmeyer spricht sogar von zehn Milliarden) hoffnungslos unterfinanziert ist, räumte Minister Peter Ramsauer bei der Debatte über den Verkehrshaushalt im Bundestag am Freitag unumwunden ein.

Seine Beamten machen dafür den über Jahre aufgelaufenen Investitionsstau sowie gestiegene Baukosten verantwortlich. So stiegen die Kosten für die seit 2006 begonnenen Verkehrsprojekte, für die 13 Milliarden Euro veranschlagt waren, bis 2011 um 6,6 Milliarden. Da inzwischen zwei Drittel des Verkehrsetats für Ersatz und Erhalt der vorhandenen Schienen- und Straßenwege fließen müssen und begonnene Vorhaben weiter gebaut werden sollen, sei für neue Projekte kein Geld mehr da.

So wurden von den Ministeriumsexperten aus dem "Investitions-Rahmenplan für die Verkehrsinfrastruktur" der Jahre 2011 bis 2015 zahlreiche Vorhaben herausgenommen. Bleibt es bei dem Entwurf, dann fallen bei der Bahn erst einmal der seit Jahren geplante Rhein-Ruhr-Express, der den Nahverkehr im Ruhrgebiet

verbessern sollte, ebenso weg wie die Y-Trasse Hamburg-Bremen-Hannover, die Engpässe im Güterverkehr im Norden beseitigen sollte.

Bremens Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) hat am Freitag deshalb Alarm geschlagen und die Bundesregierung aufgefordert, zu ihren Zusagen in Bezug auf die Y-Trasse zu stehen. Falls sich das Aus bewahrheite, sei das für die norddeutschen Häfen ein schwerer Schlag, sagte Günthner. Die Y-Trasse sei wichtig für die Hinterlandanbindung der Häfen. Ohne sie müsse noch mehr über die Straße transportiert werden. Von Seiten der Bremer CDU wurde die Aussage Günthners als "scheinheilig" bezeichnet. Ihr Wirtschaftspolitiker Jörg Kastendiek warf im Gespräch mit unserer Zeitung dem rot-grünen Senat vor, "durch seine zögerliche Art selbst dafür gesorgt zu haben, dass dem Projekt beim Bund die nötige Rückendeckung fehlt".

Auf Eis gelegt wird auch der Ausbau der Bahnlinie Langwedel-Uelzen, sowie der Ausbau der Bahnknoten München, Hamburg, Mannheim, Dresden und Bremen und der Bau einer neuen Bahnstrecke von Frankfurt nach Mannheim.

Geldmangel bremst auch den Fernstraßenbau. Das gilt für die Weserquerung ebenso wie für den Kattenturmer Abschnitt der Bremer A 281 oder die A 39 zwischen Lüneburg und Braunschweig. Auch die Finanzierungsliste bei den Wasserstraßen weist viele Leerstellen aus. Zwar ist nach den vorliegenden Informationen die Vertiefung der Weser nicht gefährdet, wohl aber die umstrittene Elbvertiefung und der Ausbau der Schleuse Brunsbüttel im Nord-Ostsee-Kanal. Fehlendes Geld könne, so Uwe Beckmeyer, auch zu einem Engpass für die Häfen in Hamburg und Bremen führen.

Unter der Streichliste, fürchtet denn auch der Bremer SPD-Abgeordnete, "werden wir im Norden besonders leiden". Verkehrsminister Ramsauer stehe "mit leeren Händen" wegen gestiegener Baukosten da, verzettele sich bei den Verkehrsprojekten und könne sich zudem im Kabinett gegen den Finanzminister nicht durchsetzen. So habe er auch "allen Belastungen der Mobilität zugestimmt: eine halbe Milliarde Euro Zwangsdividende bei der Bahn AG und eine Milliarde Euro Luftverkehrssteuer". Gleichzeitig habe der CSU-Politiker ein "selbst organisiertes Einnahmeproblem", weil er immer noch kein Konzept für die fehlende Ausweitung der Lkw-Maut auf vierspurige Bundesstraßen habe. Das bedeute 110 Millionen Euro Mindereinnahmen. Weitere 100 Millionen Euro fehlten durch das Absenken der bereits erhöhten Mautsätze für Euro3-Lkw.

Der Verkehrsminister forderte angesichts fehlender Mittel für den Straßenbau gestern erneut eine offene Debatte auch über eine Pkw-Maut auf Autobahnen. Es müsse intensiv nachgedacht werden, wie Investitionsengpässe entweder über eine Budgeterhöhung oder "irgendeine Art nutzerorientierter Abgabe" beseitigt werden könnten, sagte Ramsauer in der Haushaltsdebatte im Bundestag.